

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Van der Bellen, Brosz, Grünewald, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abgeordneten Gusenbauer an die Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur betreffend „Chaos in der Bildungspolitik“

Begründung

Bildungsministerin Gehrler hat katastrophale Versäumnisse in der Bildungspolitik zu verantworten. Sie hat Österreich zu einem bildungspolitischen Problemland gemacht. Bildungspolitik wurde vorwiegend als Budgetsanierungsmöglichkeit betrachtet, auf dem Rücken der SchülerInnen und Studierenden wurde gespart. In den Schulen wurden drakonische Kürzungen vorgenommen, die schwere Schäden verursachen und die Zahl der Kinder pro Klasse in die Höhe schnellen ließ. Die österreichische Hochschullandschaft wurde über Jahre hinweg ausgehungert. Im besonderen sind Kinder aus einkommensschwachen Familien betroffen. Die Schere zwischen arm und reich ging auch im Bildungsbereich immer weiter auseinander. Dafür trägt Bildungsministerin Gehrler die Verantwortung.

Schulen und Universitäten werden kaputtgespart

Die öffentlichen Bildungsausgaben sind in Österreich in den letzten Jahren im Verhältnis zu den Gesamtausgaben und gemessen am BIP kontinuierlich gesunken. Schulen und Universitäten werden kaputtgespart. Österreichs Bildungssystem ist dadurch im Vergleich zu den skandinavischen Ländern in eine Nachzüglerposition gerutscht. Gehrler scheint den Ernst der Lage nicht zu begreifen und setzt den Sparkurs unbeirrt fort.

Die Ausgaben für Bildung und Kultur im Budget des Bundes sind in absoluten Zahlen von 2001 bis 2006 von 5,733 auf 6,012 Milliarden Euro gestiegen. Das ergibt in fünf Jahren eine Steigerung von nur 4,8%, also weniger als 1% pro Jahr. Die Entwicklung des BIPs weist für diesen Zeitraum eine Steigerung von 17,9% auf. Das BIP steigt also um fast das Vierfache der Bildungsausgaben. Die Steigerungen in absoluten Zahlen bedeuten daher de facto reale Kürzungen.

Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Bundes haben sich die Bildungsausgaben von 2000 auf 2006 in wesentlich geringerem Ausmaß erhöht. Insgesamt stiegen die Bildungsausgaben in diesem Zeitraum um 9 %. Das Gesamtbudget hingegen stieg um 14 %. (Quelle: Budgetbericht 2006: Bericht der Bundesregierung)

Auch die im September 2005 präsentierte neue Ausgabe der OECD-Studie "Education at a Glance" (Bildung auf einen Blick) macht die sinkenden Bildungsausgaben deutlich. Die Studie erfasst die Entwicklung von 1997 bis 2002: wurden 1997 noch 6,0 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben, waren es 2002 nur mehr 5,4 Prozent. Im Jahr 2002 gaben die OECD-Länder durchschnittlich 6,1 Prozent der Gesamtsumme ihrer Bruttoinlandsprodukte für Bildungseinrichtungen aus. Damit liegt Österreich bei den Bildungsausgaben unter dem OECD-Schnitt (vgl. Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren 2005, S. 195). Berücksichtigt

man, dass die massivsten Einsparungen erst nach dem Jahr 2002 stattgefunden haben, ist davon auszugehen, dass Österreich im OECD-Vergleich noch deutlicher unterdurchschnittliche Bildungsausgaben aufweisen wird, wenn die Zahlen für das Jahr 2006 vorliegen.

Die Studie weist für Österreich nach Irland den größten Rückgang bei den Bildungsausgaben aus. Die OECD stellt dazu fest: "Der Anstieg der Ausgaben für Bildungseinrichtungen zwischen 1995 und 2002 blieb tendenziell in ungefähr der Hälfte der 21 OECD-Länder mit verfügbaren Daten hinter dem Wachstum des Volkseinkommens zurück. Die größten Unterschiede waren in Irland, Österreich, der Slowakischen Republik, Spanien und der Tschechischen Republik zu beobachten, wo der für Bildungsausgaben verwendete Anteil des BIP zwischen 1995 und 2002 um mindestens 0,4 Prozentpunkte sank." (Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren 2005, Seite 196)

150 Millionen jährlich für Nachhilfe

In Österreich geben Eltern jährlich beinahe 150 Millionen Euro für private Nachhilfe aus (Quelle AK). Nur ein umfassendes FörderlehrerInnensystem könnte diesem „Nachhilfeunwesen“ ein Ende setzen. Stattdessen werden aber Jahr für Jahr LehrerInnenposten abgebaut.

Bedrohliche Anzahl von RisikoschülerInnen und wenige im Spitzenfeld

JedeR Fünfte, also 20% der 15-jährigen SchülerInnen kann nicht sinnerfassend lesen (PISA2003). Diese Jugendlichen haben das größte Risiko, arbeitslos zu werden und sind damit einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Bildungsministerin Gehrler scheint den Ernst der Lage nicht zu begreifen. Sie zeigt keine Bereitschaft, Maßnahmen für diese jungen Menschen zu setzen. Im Gegenteil: Bei den FörderlehrerInnen wird weiter gekürzt.

Österreich schneidet nicht nur bei sogenannten „RisikoschülerInnen“ schlecht ab. Auch die Zahl der 15-jährigen, die bei der PISA-Studie die höchste Kompetenzstufe erreicht haben, ist wesentlich geringer als in den führenden Ländern. 8 % in Österreich gegenüber 15 % in Finnland sprechen eine deutliche Sprache. Auch hier macht sich die mangelnde individuelle Förderung von besonderen Begabungen negativ bemerkbar.

Überfüllte Klassen

Die KlassenschülerInnenzahlen in Österreich steigen massiv. Annähernd 10 Prozent der SchülerInnen sitzen in Klassen, in denen die gesetzlich festgelegte KlassenschülerInnenhöchstzahl von 30 Personen überschritten wird.

Unterrichtsstunden werden gekürzt

Seit schwarz-blau wurden etwa 120.000 Unterrichtsstunden gekürzt.

Drohende Massenarbeitslosigkeit der LehrerInnen

Anstatt die Jahre des SchülerInnenrückgangs für eine Qualitätsverbesserung im Schulsystem zu nutzen, werden Jahr für Jahr LehrerInnenposten abgebaut. 5.000 PflichtschullehrerInnendienstposten wurden seit Beginn der schwarz-blauen Koalition eingespart. Verantwortlich dafür ist Elisabeth Gehrler, die es verabsäumt hat, sich gegen Finanzminister Grassers Bildungssparkurs zu Wehr zu setzen. Die Auswirkungen sind fatal: Bis zum Jahr 2010/2011 droht eine LehrerInnenmassenarbeitslosigkeit durch den Abbau von 12.500 Dienstposten. Das

entspricht der derzeitigen LehrerInnen-Zahl in den steirischen und burgenländischen Pflichtschulen insgesamt.

Ausgebildete LehrerInnen müssen Taxi fahren

Die Warteliste der ausgebildeten JunglehrerInnen die auf einen Job warten, wird immer länger: in OÖ warten 780 VS-, Haupt- und SonderschullehrerInnen auf einen Job, in Tirol 550, im Burgenland 400, in Salzburg 300.

Mit dem neuen Hochschulgesetz wird die Situation zusätzlich verschärft. In diesem beharrt Bildungsministerin Gehrler auf der getrennten Ausbildung von Pflichtschul- und AHS-LehrerInnen. Diejenigen, die an den neuen Pädagogischen Hochschulen für Pflichtschulunterricht ausgebildet werden, werden aufgrund der rückgängigen SchülerInnenzahlen im Pflichtschulbereich vor verschlossenen Türen stehen. Eine vernünftige Reform der LehrerInnenausbildung müsste sicherstellen, dass LehrerInnen flexibel den Schultyp wechseln können.

Massive Kürzungen bei IntegrationslehrerInnen

Seit „Schwarz-Blau“ werden IntegrationslehrerInnen massiv „eingespart“. Bildungsministerin Gehrler akzeptiert widerstandslos das „Njet“ von Finanzminister Grassler und ist nicht bereit die dringend erforderlichen - von den Landeshauptleuten geforderten - zusätzlichen 700 IntegrationslehrerInnen bereit zu stellen. Die 300 Lehrposten, die sie zur Verfügung stellt liegen weit unter dem Bedarf. Ein Sparen im Schul- und Integrationsbereich wird uns aufgrund langfristiger Probleme am Arbeitsmarkt später sehr teuer kommen. Die Verantwortung dafür trägt alleine Bildungsministerin Gehrler.

Unterdurchschnittliche Anzahl an Studierenden

Österreich hatte im Wintersemester 2000/01 mit 241.576 Studierenden bereits vor Einführung der Studiengebühren deutlich weniger Studierende als die meisten EU- und OECD-Staaten. So sind in Finnland mit seinen 5 Mio. Einwohnern knapp 300.000 Studierende, in Schweden bei 8 Mio. Einwohnern mehr als 400.000 inskribiert. Auch wenn in der Zwischenzeit die Anzahl der StudienanfängerInnen wieder auf das Niveau vor der Einführung der Studiengebühren gestiegen ist, liegt die Gesamtzahl der Studierenden heuer um 10 % unter dem Niveau von 1999. Zur Zeit sind 211.000 Studierende an österreichischen Unis inskribiert. Österreich ist damit neben Frankreich das einzige Land, in dem es in dem für die OECD-Studie relevanten Erhebungsjahr weniger Studierende gab als 1995.

Die OECD-Kennzahlen belegen zudem, dass die Übertrittsrate von MaturantInnen in den tertiären Bildungssektor (=Hochschulzugangsquote) in Österreich geringer ist als in vergleichbaren Staaten. Die Hochschulzugangsquote liegt in Österreich bei 35 %, während im OECD-Ländermittel 53 % eines Maturajahrganges an einer Universität oder FH studieren. Die skandinavischen Länder haben dagegen eine im OECD-Schnitt hervorragende Hochschulzugangsquote wie etwa Schweden mit 80 % oder Finnland mit 71%. Zusammengefasst studiert in der OECD jedeR Zweite, in Österreich nur jedeR Dritte.

OECD-Staaten	Zahl der Übertritte von MaturantInnen an Universitäten in Prozent
Island	83
Neuseeland	81
Schweden	80
Finnland	73
Polen	70
Norwegen	68
Australien	68
USA	63
Italien	54
Dänemark	53
OECD-Schnitt	53
Niederlande	52
Korea	50
Großbritannien	48
Spanien	46
Japan	42
Irland	41
Slowakei	40
Frankreich	39
Schweiz	38
Deutschland	36
Österreich	35
Belgien	34

Quelle: OECD-Kennzahlen 2005

Im OECD-Ländermittel absolvieren 66 % eines Jahrgangs im typischen Abschlussalter die Matura (AHS + BHS). Der betreffende Wert liegt in Österreich lediglich bei 36,4 %. Niedrige MaturantInnenquoten und unterdurchschnittliche Hochschulzugangsquoten verstärken Österreichs schlechte Bildungsposition und legitimieren die Forderung nach höheren Studierendenzahlen.

Österreich fehlen AkademikerInnen

Nicht nur die Anzahl an Studierenden, sondern auch die AkademikerInnenquote liegt in Österreich weit unter dem OECD-Schnitt. Die AkademikerInnenquote in Österreich ist mit 15 % im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich; der OECD-Durchschnitt beträgt 24 %. In den USA, in Japan, Finnland, Schweden und Australien liegt sie teilweise weit über 30 %, in Kanada sogar bei 44 %.

OECD-Staaten	AkademikerInnenquote in Prozent
Kanada	44
USA	38
Japan	38
Finnland	33
Schweden	33
Dänemark	32
Australien	31
Neuseeland	31
Norwegen	31
Belgien	29
Korea	29
Großbritannien	28
Schweiz	27
Irland	26
Island	26
Spanien	25
Niederlande	25
Deutschland	24
Frankreich	24
OECD-Schnitt	24
Griechenland	18
Mexiko	16
Luxemburg	15
Österreich	15

Quelle: OECD-Kennzahlen 2005

Laut Weltbank ist Österreich nach der Schweiz, Dänemark, Schweden, USA und Deutschland das 7.reichste Land der Welt. Verglichen mit diesem Reichtum ist die AkademikerInnenquote beschämend niedrig - als einziges der sieben reichsten Länder der Welt liegt Österreichs AkademikerInnenquote unter dem OECD-Schnitt. Für die zukünftigen Herausforderungen der Globalisierung – Stichwort: Wissensgesellschaft – ist das eine denkbar schlechte Ausgangslage.

Zu wenig Uni-LehrerInnen im internationalen Vergleich

Nachdem sich die Zahl der Studierenden in den letzten 40 Jahren vervierfachte, die Anzahl der HochschullehrerInnen jedoch nur um den Faktor 1,9 stieg, hat sich das Betreuungsverhältnis (Studierende/Lehrende) und damit wohl auch die Qualität des Unterrichts verschlechtert. In Österreich kommen auf eine/n Lehrende/n etwa 20 Studierende. Damit liegt Österreich in negativem Sinne deutlich über dem OECD-Ländermittel von 15,7 Studierenden pro Lehrkraft. Darunter liegen etwa Schweden mit 9, Japan mit 11 sowie Norwegen und Finnland mit 12 Studierenden pro Lehrer/in

Ministerin Gehrler hat nichts dazu getan, um diese Situation zu verbessern. Zwar hat sie im Juni 2001 in Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Dienstrechts an den Universitäten die Besetzung von 500 „Vorziehprofessuren“ versprochen. Das Versprechen wurde allerdings bis heute nicht eingelöst.

Steigende finanzielle Belastung der Studierenden

Mehrere Studien weisen darauf hin, dass ein Großteil der Studierenden über eine zunehmende finanzielle Belastung klagt. Seit der Einführung der Studiengebühren stieg der Anteil der neben dem Studium erwerbstätigen Studierenden auf 74 Prozent und damit an die Spitze im OECD-Vergleich. Die Zahl der bewilligten Studienbeihilfen dagegen stieg nur geringfügig von 12 auf knapp 14 Prozent. In Großbritannien, den skandinavischen Ländern und den USA sind Raten zwischen 60 und 70 % an der Tagesordnung. (In Finnland etwa bekommen 83 % der Studierenden eine staatliche Grundförderung. Daher sind dort nicht einmal 50 % der Studierenden erwerbstätig.)

Die skandinavischen Länder zeichnen sich neben ihren hervorragenden Resultaten bei allen internationalen Bildungstests (PISA, etc.) auch durch eine gute Studienfinanzierung und die Gebührenfreiheit des Studiums aus. In Finnland beispielsweise erhalten Studierende elternunabhängig 260 Euro monatlich als Förderung. Sowohl in Finnland als auch in Schweden und Norwegen erhalten Studierende zudem Mietkostenzuschüsse und staatliche Garantien für Darlehen. Hier hat Ministerin Gehrler ebenfalls versäumt, sich an den Besten zu orientieren!

Studiengebühren und Zugangshürden: soziale Selektion statt Leistungsförderung

Bei der Einführung der Studiengebühren waren offensichtlich eher Lenkungs- als Finanzierungsaspekte maßgeblich. Das Ziel scheint schnelleres Studieren, weniger Teilzeitstudierende und vor allem keine berufsbegleitende Weiterbildung gewesen zu sein. Das legen zumindest diverse Studien und Analysen nahe. Wäre die Finanzierung im Vordergrund gestanden, so müssten die Kosten der einzelnen Studierenden stärker berücksichtigt und Kredite zur Verfügung gestellt werden. Bei den Kosten der Studierenden wären sowohl die unterschiedlichen Kosten verschiedener Studienrichtungen als auch die unterschiedliche Inanspruchnahme der Ressourcen (Teilzeit vs. Vollzeit) zu beachten. Die Einführung der Studiengebühren in Österreich war eine Maßnahme mit einer relativ hohen und vor allem während des Studiums wirksamen Belastung der Studierenden, die zusätzlich mit einem starken „bildungskritischen“ Signaleffekt an die Studierenden aus bildungsfernen Schichten verbunden war.

Nach den Studiengebühren hat Ministerin Gehrler Zugangsbeschränkungen an den österreichischen Universitäten eingeführt. Faktum ist aber, dass alle bildungspolitischen OECD-Kennzahlen im Uni-Bereich unterdurchschnittlich sind. Dies mit Zugangsbeschränkungen zu beantworten, ist kontraproduktiv. Denn – und das ist das einzige, was an der Bildungspolitik Ministerin Gehrers tatsächlich überdurchschnittlich ist – in Österreich gibt es (wie sonst nur noch in Deutschland) eine OECD-weit einzigartige und überproportional hohe soziale Selektion Studierender: Der OECD-Bildungskoordinator Andreas Schleicher kritisiert denn auch, dass die soziale Zugehörigkeit hierzulande stärker über die Teilhabe an höherer Bildung entscheidet als die individuelle Leistung. Die sogenannte „Kolland-Studie“ des Bildungsministeriums über „Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten“ untermauert diesen Zusammenhang.

Unterdurchschnittliches Hochschulbudget

Laut vorläufigem Erfolg des Budgets wird den Universitäten im Jahr 2006 ein Globalbudget in der Höhe von € 1.786 Mio. zur Verfügung gestellt. Selbst wenn man die Berechnungen des Finanzressorts heranzieht, in denen neben dem Globalbetrag und dem laufenden klinischen Mehraufwand sowie den Mitteln aus dem Uni-Infrastruktur-Programm II auch die

Klinikaufwendungen und Mittel aus der F&E-Initiative II, Ausgaben für die FH und sonstige nicht aufteilbare Leistungen berücksichtigt werden, beträgt das gesamte Hochschulbudget 2,38 Mrd. Euro. Das ist nicht einmal 1% des BIP! Wie aus dem letzten Hochschulbericht des Wissenschaftsministeriums hervorgeht betrug das Hochschulbudget 1999 mit 2,41 Mio. Euro 1,22 % am BIP und sank seit damals kontinuierlich ab. Von einer Erhöhung kann also keine Rede sein.

Mit 1 % am BIP sind die öffentlichen Hochschulausgaben Österreichs im internationalen Vergleich klar unterdurchschnittlich. Laut OECD finanziert die öffentliche Hand die Hochschulen in Schweden, Finnland und Norwegen mit über 2,1 % am BIP, in den USA, Neuseeland, Belgien und der Schweiz mit über 1,4 % am BIP und in Dänemark sogar mit 2,7 % am BIP. Im OECD-Schnitt werden 1,3 % des BIP zur Finanzierung der Hochschulen aufgewendet.

Ministerin Gehrler hat nichts unternommen, um die seit Jahren stagnierenden Uni-Budgets anzuheben oder vom Finanzminister mehr Mittel zu erwirken. Eine von den Grünen seit Jahren geforderte Anhebung des jährlichen Hochschulbudgets auf das Niveau der Europäischen Vorbildnationen wurde mit Verweis auf vermeintlich gestiegene Budgets vom Tisch gewischt.

Weltklasse im Leugnen der Probleme

Österreich fehlen Studierende und AkademikerInnen, die Zahl der Uni-LehrerInnen ist ebenso unterdurchschnittlich wie das Hochschulbudget. In keinem dieser Bereiche hat Ministerin Gehrler Erfolge vorzuweisen. Die Position Österreichs in den OECD-Rankings blieb unter Ministerin Gehrers Verantwortung unverändert. Das ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis.

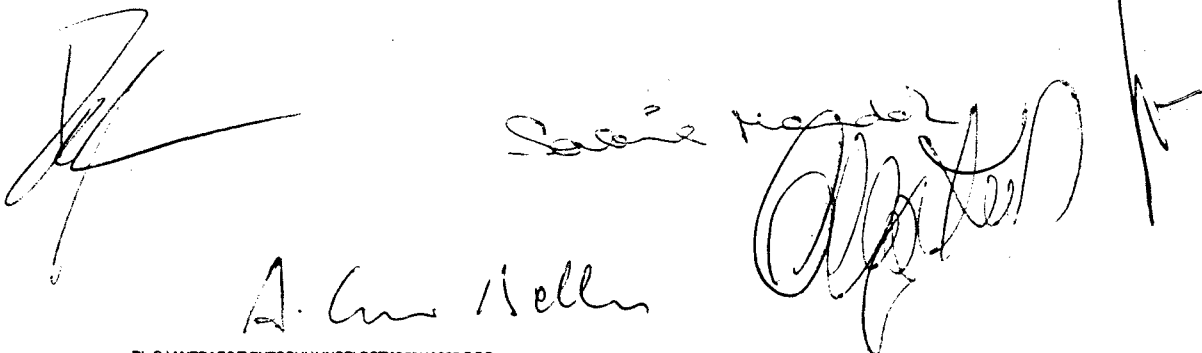
Die Auswirkungen von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen werden konsequent ignoriert, die steigende finanzielle Belastung der Studierenden und ihrer Eltern werden ebenso geleugnet wie die Probleme des Studienalltags unzähliger Studierender. Das ist Realitätsverweigerung, allerdings auf Weltklasse-Niveau!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird im Sinne des Art. 74 B-VG das Vertrauen versagt.“



The image shows several handwritten signatures in black ink. The most prominent one is a large, stylized signature on the left. To its right, there are several smaller, more legible signatures, including one that appears to read 'Sabine Högler' and another that reads 'A. G. Heller'.